Deutscher Bundestag

Ausschuss für Sport und Ehrenamt

Ausschussdrucksache
21(5)4

Stellungnahme

des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB) zur 4. Sitzung des Ausschusses für Sport und Ehrenamt des Deutschen Bundestages am Mittwoch, 25. Juni 2025

Mehr Sport. Mehr Gemeinschaft. Mehr Zukunft

20. Juni 2025

Der Sport kennt keine Grenzen und ist ein verbindendes Element, das Menschen zusammenführt, Gemeinschaft stärkt, Zukunftsperspektiven schafft und durch Leistung inspiriert. Gleichzeitig ermöglicht er auf individueller Ebene persönliche Entwicklung, stärkt das Selbstbewusstsein und fördert die körperliche sowie mentale Gesundheit. Der organisierte Sport unter dem Dach des Deutschen Olympischen Sportbundes e.V. (DOSB) ist die größte zivilgesellschaftliche Bewegung in Deutschland. Mit über 28 Millionen Mitgliedschaften wächst er weiter und stärkt den Zusammenhalt in unserem Land. Die über 86.000 Sportvereine in Deutschland leben vom Engagement und dem Herzblut ihrer Mitglieder.

Damit dieses Engagement sich frei entfalten kann, braucht es verlässliche Rahmenbedingungen. **Es ist originäre Aufgabe der Politik, diese Rahmenbedingungen zu schaffen.**

Unter dem Titel „Verantwortung für Deutschland“ haben die Spitzen von CDU, CSU und SPD am 9. April 2025 ihren 146-seitigen Koalitionsvertrag vorgestellt. Dem Sport ist in Kapitel 4 „Starker Zusammenhalt, standfeste Demokratie“ der Abschnitt „Kommunen, Sport, Ehrenamt“ gewidmet. Hier finden sich die zentralen Vorhaben für die Sportpolitik der Bundesregierung. Die Koalitionäre erkennen die herausragende Bedeutung von Sport und Bewegung für das Gemeinwohl an und **bekennen sich zur Stärkung des organisierten Sports** – in der Spitze und in der Breite.

Der **Koalitionsvertrag greift zahlreiche** Kernforderungen des DOSB **auf**: Die Einführung einer Bundesmilliarde zur Stärkung der Sportinfrastruktur, die Unterstützung für die Bewerbung um Olympische und Paralympische Spiele in Deutschland sowie die Installierung einer Staatsministerin für den Sport im Kanzleramt. Das begrüßen wir ausdrücklich und sehen dies sowie die Erweiterung des Sportausschusses um das Themenfeld Ehrenamt als großartige Möglichkeit, jetzt die politischen Weichen für eine starke Zukunft des Sports in Deutschland zu stellen. Dazu müssen sich Bundesregierung und Bundestag vor allem den fünf akuten und vordringlichen Aufgaben widmen:

I. Die **Sanierung und Modernisierung der maroden Sportstätteninfrastruktur** mithilfe der Bundesmilliarde und des Sondervermögens.
II. Die volle **Unterstützung für eine erfolgreiche Bewerbung um Olympische und Paralympische Spiele** in Deutschland.
III. Die **Fortführung und Umsetzung der Leistungssportreform**, um unseren Top-Athlet*innen wettbewerbsfähige Spitzensportstrukturen zu bieten.
IV. Die **Ausgestaltung des Zukunftspakts Ehrenamt** zur Entlastung und Stärkung ehrenamtlichen Engagements.
V. Die **Sicherstellung einer verlässlichen und auskömmlichen Finanzierung** des Sports in den Haushaltsberatungen.

Dem Ausschuss ist das vorliegende Dokument in nicht barrierefreier Form zugeleitet worden.

I. Sportstätteninfrastruktur modernisieren

Sportstätten und Bewegungsräume sind von zentraler Bedeutung, um die Gesellschaft in Bewegung zu bringen und die Potenziale der Sportvereine für das soziale Miteinander und die Lebensqualität zu entfalten. Sie bieten Raum für Teilhabe, fördern die Gesundheit, stärken den sozialen Zusammenhalt und leisten einen wichtigen Beitrag zur Chancengleichheit und Nachhaltigkeit. Derzeit werden diese Werte und Potentiale jedoch durch einen erheblichen Sanierungs- und Modernisierungsstau von mindestens 31 Milliarden Euro beeinträchtigt. Es braucht ein klares Bekenntnis, Sportstätten und Bewegungsräume zukunftsfähig und gerecht zu gestalten: Sie müssen für alle Bevölkerungsgruppen zugänglich, energetisch effizient und nachhaltig entwickelt werden. Als Gegenentwurf zum aktuellen Zustand bieten Sportstätten zudem konjunkturelle Impulse für die Wirtschaft und leisten einen positiven Beitrag zu klimapolitischen Zielen. Um dies zu erreichen, ist eine verlässliche Unterstützung und Förderung durch die Politik unabdingbar.

Mit der Bereitstellung einer „Bundesmilliarde“ will die Bundesregierung diese Herausforderung angehen. Der DOSB begrüßt die Förderung der Modernisierung und Sanierung von Sportstätten mit mindestens einer Milliarde Euro. Wir begreifen diese Investition als Grundlage, die es zu verstetigen gilt. Auch wenn wir uns im Koalitionsvertrag ein klares Bekenntnis zu einer *jährlichen* Milliarde für die Sport-Infrastruktur gewünscht hätten, sehen wir hier die deutliche Bereitschaft zu Investitionen. Sport-Infrastruktur umfasst für uns dabei nicht nur bauliche Maßnahmen, sondern ebenso die gut qualifizierte personelle und digitale Aufstellung der Sportorganisationen und Vereinsstrukturen - dies bedeutet auch Investitionen in Bildung, Qualifizierung und Digitalisierung.

Der DOSB spricht sich klar dafür aus, die Zuständigkeit und die Umsetzung der Bundesmilliarde bei der Staatsministerin für Sport und Ehrenamt im Bundeskanzleramt zu verankern. Dies ermöglicht die Chance statt eines städtebaulich geprägten Programms ein spezifisches Sportstättenförderprogramm neuer Art aufzusetzen. Dieses Förderprogramm muss bürokratiearm, bedarfsorientiert und insbesondere trägeroffen ausgestaltet werden. Der DOSB teilt die Auffassung der Sportministerkonferenz mit dem Beschluss vom 8. Mai 2025, wonach das beim Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen verortete Programm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ (SJK) erhalten bleiben muss, damit im Ergebnis eine reale Erhöhung des Fördervolumens für die Breitensportinfrastruktur gewährleistet ist.

Eine große Hürde vergangener Förderprogramme für Sportstätten waren die zu leistenden Eigenanteile von Ländern und/oder Kommunen. Vor diesem Hintergrund begrüßt der Sport die Einigung zwischen Bundesregierung und Ministerpräsidentenkonferenz vom 18. Juni, dass die den Ländern und Kommunen aus dem 500-Milliarden-Euro-Sondervermögen bereitgestellten Mittel auch für Investitionen in die Sportstätteninfrastruktur genutzt werden können. Diese politische Einigung gilt es nun in den Entwürfen des Bundesfinanzministeriums zu den Ausführungsgesetzen zu berücksichtigen.

Dem Ausschuss ist das vorliegende Dokument in nicht barrierefreier Form zugeleitet worden.

II. Volle Unterstützung für Olympische und Paralympische Spiele in Deutschland

Wir wollen Olympische und Paralympische Spiele wieder nach Deutschland holen. Olympische und Paralympische Spiele begeistern und vereinen nach wie vor die Menschen auf der ganzen Welt. Sie können – modern und nachhaltig gedacht und an die Gegebenheiten der Gastgeber angepasst – einen Mehrwert für die Gesellschaft liefern, der weit über den Sport hinausgeht. Wir brauchen mehr Heimspiele für unsere Athlet*innen. Wir wollen mehr Nähe zum Spitzensport, damit Kinder und Jugendliche ihre Vorbilder selbst erleben können. Eine Bewerbung und die letztliche Durchführung von Olympischen und Paralympischen Spielen soll als Katalysator für einen gesellschaftlichen Wandel hin zu mehr körperlicher Aktivität dienen – in den Vereinen, in den Schulen und im Alltag.

Wir begrüßen daher ausdrücklich die politische Rückendeckung für eine Olympiabewerbung und das überzeugende Bekenntnis zur Autonomie des Sports im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung. Diese „nachdrückliche Unterstützung“ gilt es nun einerseits in den Haushaltsplänen zu zementieren und andererseits in der Kommunikation von Regierung und Parlament fortwährend aufrecht zu erhalten.

Der DOSB arbeitet intensiv an einer deutschen Bewerbung um Olympische und Paralympische Spiele für den Zeitraum 2036 bis 2044. Dabei stand in den vergangenen Monaten insbesondere die Frage im Mittelpunkt, wie der Weg hin zu einer Entscheidung für ein Bewerbungskonzept aussehen soll. Unter Einbeziehung nationaler wie internationaler Entwicklungen wurde der Zeitplan konkretisiert und ein Modell zum weiteren Verfahren entwickelt, das allen am Prozess beteiligten Stakeholdern größtmögliche Planungssicherheit geben soll. Diese Pläne wurden mit den olympischen Verbänden, den Landessportbünden, den Athlet*innen und den interessierten Städten und Regionen abgestimmt und sie alle tragen diesen Prozess mit. Dieser Schulterschluss ist notwendig: Eine deutsche Bewerbung kann nur erfolgreich sein, wenn wir alle – im Sport und in der Politik – an einem Strang ziehen.

Für die finale Entscheidung sieht der DOSB einen dreistufigen Prozess bis Herbst 2026 vor. Ende Mai 2025 haben die vier interessierten Städte/Regionen erste Unterlagen eingereicht. Aktuell prüft der DOSB, ob die Konzepte die operativen Mindestanforderungen erfüllen. Betrachtet werden insbesondere Sportstätten sowie erste Konzepte für ein Olympisches bzw. Paralympisches Dorf. Der DOSB bewertet die eingereichten Konzepte bis Ende September und stellt die Ergebnisse auf seiner Mitgliederversammlung am 6. Dezember 2025 in Frankfurt vor.

In der zweiten Stufe erhalten die Bewerber die Möglichkeit, bis Ende Juni 2026 ein Referendum durchzuführen. Zwar ist ein positives Votum formal keine Voraussetzung für das Internationale Olympische Komitee (IOC) und wird deshalb auch vom DOSB nicht gefordert, dennoch respektiert der DOSB, wenn eine Gebietskörperschaft ein solches Verfahren zur Absicherung der Bewerbung durchführen möchte oder qua Landesverfassung muss. In diesem Fall unterstützt der DOSB diesen Prozess im Rahmen seiner Möglichkeiten.

In der finalen dritten Stufe wird anhand einer gemeinsam mit dem Bund zu entwickelnden Bewertungsmatrix das endgültige Konzept ausgewählt. Ausschlaggebend sind dabei insbesondere die internationale Wettbewerbsfähigkeit und die Wirtschaftlichkeit der eingereichten Vorschläge. Die Entscheidung soll bis Herbst 2026 fallen und in einer außerordentlichen DOSB-Mitgliederversammlung bestätigt werden.

Dem Ausschuss ist das vorliegende Dokument in nicht barrierefreier Form zugeleitet worden.

III. Spitzensportreform über die Ziellinie bringen

Ziel war und ist es, den deutschen Leistungssport wieder in die Weltspitze zu führen – konkret bei Olympischen (Sommer)Spielen wieder unter die Top 5 im Medaillenspiegel, im Winter weiterhin unter die Top 3 sowie im nicht-olympischen Sport bei den World Games ebenfalls unter die Top 3. Mehr Förderung hat in der Vergangenheit jedoch nicht automatisch zu mehr Medaillen geführt. Dafür sind weitere Parameter – wie mehr Verlässlichkeit, mehr Planungssicherheit und gleichzeitig mehr Flexibilität – in der Sportförderung des Bundes notwendig.

Deshalb haben der organisierte Sport unter dem Dach des DOSB, die jetzt im Bundeskanzleramt angesiedelte Sportabteilung des BMI und die Länder in der vergangenen Wahlperiode intensiv an einer Reform des Leistungssportsystems und der Spitzensportförderung in Deutschland gearbeitet. Das vorzeitige Ende der Regierungskoalition auf Bundesebene hatte zur Folge, dass die zentralen Bausteine dieser Reform – die Verabschiedung eines Sportfördergesetzes und die Errichtung einer Spitzensportagentur – nicht zum Abschluss gebracht werden konnten.

Die Bekenntnisse der neuen Koalition – nämlich die Förderung effizienter, flexibler und weniger bürokratisch zu gestalten – begrüßen wir. Weniger Bürokratie wäre ein Segen für alle Beteiligten im Spitzensport in Deutschland, um sich mehr auf das Kerngeschäft, nämlich das Schaffen von sportlichen Höchstleistungen, konzentrieren zu können. Auch die geplanten Verbesserungen für die Athlet*innen – bspw. eine bessere soziale Absicherung oder der Mutterschutz für Leistungssportlerinnen – würden die Rahmenbedingen für einen erfolgreichen Spitzensport in Deutschland stärken.

Aufbauend auf den eingeleiteten Prozessen bieten wir unsere Unterstützung bei der Schaffung einer gesetzlichen Grundlage mit verbindlichen Vorgaben zu Aufgaben und Zielstellungen des Spitzensports, zu strukturellen und fördertechnischen Rahmenbedingungen sowie zu Vereinfachungen bei der finanziellen Förderabwicklung an. Unser erklärtes Ziel ist es, ein Gesetz, in dem die Verantwortung des Bundes für die Förderung des Spitzensports erstmals festgeschrieben wird, auch mit der neuen Bundesregierung anzustreben. Dies gilt auch in Bezug auf die Errichtung einer Spitzensportagentur zur Förderung und Steuerung des Spitzensports, um den angestrebten Paradigmenwechsel zu erreichen und damit den Spitzensport in Deutschland sowie unsere Athlet*innen mittel- und langfristig konkurrenzfähiger und damit erfolgreicher zu machen.

Wir plädieren dafür, die Zwischenergebnisse des o.g. nun schon seit drei Jahren laufenden Reformprozesses zur Zukunft des Spitzensports in Deutschland weiter zu nutzen, darauf aufzubauen und die weiterhin auch im Sport existierenden Bedenken ernst zu nehmen. Dies gilt insbesondere, da der Reformprozess zwar das Sportfördergesetz und die Spitzensportagentur als Kernbausteine, aber eben noch darüber hinaus weitere Arbeitsfelder – wie die Duale Karriere, die Situation der Athlet*innen und der Trainer*innen, die Zukunft der Stützpunktstruktur sowie den Nachwuchsleistungssport – hatte.

Dem Ausschuss ist das vorliegende Dokument in nicht barrierefreier Form zugeleitet worden.

IV. Mit dem Zukunftspakt Ehrenamt den Breitensport stärken

Ehrenamtliches Engagement ist ein Fundament für eine gerechte und offene Gesellschaft. Knapp 8 Millionen Menschen engagieren sich ehrenamtlich im Sport. In keinem anderen Sektor in Deutschland sind so viele Menschen ehrenamtlich tätig. Doch laut dem jüngsten Sportentwicklungsbericht (2025) steigen die Herausforderungen.

Einerseits wachsen das Engagement und die gesellschaftliche Verantwortung der Sportvereine stetig. So geben heute deutlich mehr Vereine an, sich bei Themen wie Gewaltprävention (54 Prozent; +17,3 Prozent vgl. 2015) und in der Flüchtlingshilfe (21,1 Prozent; +10 Prozent vgl. 2015) zu engagieren. Auch die Qualifizierung von Trainer*innen und Übungsleiter*innen sowie Fort- und Weiterbildungen für ehrenamtlich Engagierte stehen weiterhin im Fokus. Dies ist von großer Bedeutung, da sich die Qualifizierung als wichtiger Faktor für die Zufriedenheit und die Dauer von Engagement erwiesen hat.

Doch diese gewachsene Verantwortung trifft immer öfter auf begrenzte Ressourcen. Die Personalprobleme haben sich spürbar verschärft: 17,5 Prozent der Vereine sehen sich inzwischen in ihrer Existenz bedroht, weil es ihnen nicht gelingt, ausreichend ehrenamtliche Funktionsträger*innen zu gewinnen und dauerhaft zu binden – im Vergleich zu 14,6 Prozent im vorherigen Bericht (2020) ist das ein signifikanter und besorgniserregender Anstieg.

Deshalb begrüßen wir ausdrücklich die im Koalitionsvertrag angekündigte Schaffung eines „Zukunftspakts Ehrenamt“, die Anhebung der Ehrenamts- und Übungsleitendenpauschale sowie der Entbürokratisierung im Vereinswesen („Bürokratierückbaugesetz“) und die Anerkennung der Vereine als Bildungsorte.

Ziel des “Zukunftspakts Ehrenamt” muss es sein, tragfähige, moderne und attraktive Rahmenbedingungen für freiwilliges Engagement in den Vereinen aufzubauen. Der Zukunftspakt darf keine Einzelmaßnahme sein, sondern muss als strukturübergreifendes Konzept wirken.

Als größte Ehrenamtsorganisation des Landes bieten wir gerne unsere Unterstützung bei der Ausgestaltung des “Zukunftspakts Ehrenamt” an. Dabei sollten auch die Zwischenergebnisse des Entwicklungsplans Sports Berücksichtigung finden.

Dem Ausschuss ist das vorliegende Dokument in nicht barrierefreier Form zugeleitet worden.

V. Verlässliche Finanzierung des Sports im Bundeshaushalt

Ein relativ kleines Invest in den Sport zieht einen hohen Mehrwert nach sich. Das gilt für die Spitzenathlet*innen bei den Olympischen Spielen genauso wie für den Verein vor Ort, der sich gegen Extremismus oder für Integration engagiert. Der organisierte Sport generiert mit einer im Verhältnis zum Gesamthaushalt kleinen öffentlichen Unterstützung ein Vielfaches an positiver Wirkung für unsere Gesellschaft.

Im Spitzensport leisten alle Akteure in ihrer Verantwortung wertvolle Beiträge, um Athlet*innen Weltspitzenleistungen zu ermöglichen. Gemeinsam bilden Sie das Rückgrat für eine nachhaltige, manipulationsfreie, am Weltmaßstab orientierte und konkurrenzfähige sowie an den Athlet*innen orientierte Spitzensportlandschaft in Deutschland. Ihre Leistungen inspirieren unsere gesamte Gesellschaft. Unsere Finanzierungssituation ist im Weltmaßstab jetzt schon grenzwertig. Daher schränken schon geringe Einsparungen in jeglichen Institutionen unsere Servicequalität massiv ein, gefährden Arbeitsplätze und damit den kurz- und langfristen Leistungsaufbau bei den Athlet*innen mit negativen Auswirkungen auf ihre internationale Konkurrenzfähigkeit.

Eine negative Entwicklung der Bundesförderung konnte in den vergangenen Jahren nur durch intensive Intervention des organisierten Sports und durch die Unterstützung des Parlaments abgewendet werden. Eine Reduzierung der öffentlichen Mittel für die Sportförderung steht aber im völligen Widerspruch zur angestrebten Leistungssportreform und wirkt kontrafaktisch vor dem Hintergrund einer beabsichtigten Bewerbung Deutschlands um Olympische und Paralympische Spiele. Die gesteckten Ziele sind ohne auskömmliche Finanzierung nicht realisierbar. Für die Umsetzung der ambitionierten Vorhaben, bei denen auch immer die positiven gesamtgesellschaftlichen Effekte vom Spitzen- bis in den Breitensport mitgedacht werden müssen, ist eine deutlich bessere finanzielle Förderung notwendig.

Besondere Sorgen bereiten uns aktuell die Olympiastützpunkte, die nun schon seit Jahren strukturell unterfinanziert sind:

- Die Betreuung der Athlet*innen findet derzeit bestenfalls auf dem Niveau von Mindeststandards statt. Das erforderliche Niveau des Normal- bzw. des politisch gewollten Weltklassestandards wird deutlich verfehlt.
- Die von den Verbänden angemeldeten Bedarfe werden aufgrund von Ressourcenmangel nur zu ca. 50% realisiert.
- Es besteht ein sportfachlich ermitteltes Defizit für die Betreuungsleistungen aller Kaderathlet*innen an deutschen Olympiastützpunkten zum Normalstandard von jährlich ca. 24 Mio. bzw. zum Weltklasseniveau von 30 Mio. Euro.

Ganz grundsätzlich gilt: Die Preissteigerungen z.B. für Wettkampfreisen, Lehrgänge oder auch berechtigte Lohnerhöhungen führen bei gleichbleibender Förderung am Ende zu weniger Unterstützung für die Athlet*innen – und weniger Unterstützung heißt im Hochleistungssport dann oft weniger Erfolg. Über all dem steht die Erkenntnis: Spitzenleistungen im Sport entstehen nicht von heute auf morgen, sondern sind das Ergebnis jahrelanger und aufopferungsvoller Arbeit, die damit auch einer Planungssicherheit bedürfen. Diese Planungssicherheit gilt es über und in den Bundeshaushalten der kommenden Jahre herzustellen.

Dem Ausschuss ist das vorliegende Dokument in nicht barrierefreier Form zugeleitet worden.

Über den DOSB

Der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB), die regierungsunabhängige Dachorganisation des deutschen Sports, wurde am 20. Mai 2006 gegründet durch Zusammenschluss des Deutschen Sportbundes und des Nationalen Olympischen Komitees für Deutschland. Der DOSB steht für Leistung, Gesundheit, Lebensfreude und Wertevermittlung. Der DOSB zählt über 28 Millionen Mitgliedschaften in rund 86.000 Sportvereinen. Er ist die größte Bürgerbewegung Deutschlands. Zum DOSB gehören 102 Mitgliedsorganisationen, darunter 16 Landessportbünde, 69 Spitzenverbände sowie 17 Verbände mit besonderen Aufgaben.

Ansprechpartner

Thomas Weikert
Präsident
weikert@dosb.de

Deutscher Olympischer Sportbund
Otto-Fleck-Schneise 12
60528 Frankfurt am Main

Christian G.D Sachs
Leiter Hauptstadtbüro
sachs@dosb.de

Hauptstadtbüro des Deutschen Sports
Behrenstraße 24
10117 Berlin

Dem Ausschuss ist das vorliegende Dokument in nicht barrierefreier Form zugeleitet worden.